

Verkehrs- und Siedlungsfragen.

Ballversammlung des Zweckverbandes.

Die Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin, die heute im Verkehr Rathause tagte, nahm bei der Beratung über den Haushaltsplan Gelegenheit, um sich mit aller Entschiedenheit gegen die drohenden Verkehrssteuern zu wenden, die eine äußerst unsoziale Maßnahme gerade gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins bedeuten würde. Als unsozial wurde auch das Verhalten des Fiskus bei seinen Dahlemer Bebauungsplänen bezeichnet. Es gehe nicht an, daß man nur Kolonien für die Reichen schaffe. Verschiedene Redner ließen sich durchblicken, daß auch hier der „Vater aller Hindernisse“ der Landwirtschaftsminister sei. Oberpräsident von der Schulenburg trat dieser Annahme mit aller Entschiedenheit entgegen. Er versicherte, daß der Zweckverband sehr bald eine Vorlage in den Händen haben werde, die ihn von den guten Absichten der Regierung überzeugen werde. Die Versammlung nahm sehr beifällig die Erklärungen des Oberpräsidenten auf und haßte auf deren baldige Verwirklichung. Nachstehend der Verhandlungsbericht.

Oberbürgermeister Bermuth eröffnet die Verhandlungen, denen Oberpräsident v. d. Schulenburg mit mehreren Räten beizuhören, mit einem Nachruf für den dahingegangenen Stadtrat Benzly, „den meinungsstärkeren, edelgesinnten Bürger, das Muster eines Groß-Berliner Ehrenbeamten“. Darauf tritt man in die Besprechung des Haushaltsplans für 1917 ein, über den namens des Haushaltsausschusses Rämmerer Scholz-Charlottenburg berichtet. Der Haushaltsplan, der in Einnahme und Ausgabe mit 4265 095 M. abschließt, weicht in seiner vorsichtigen Aufstellung kaum von dem des Vorjahres ab. Die scheinbare Abweichung rührt daher, daß die Abgaben der Verkehrsvereinigungen Groß-Berlins zum ersten Male im Haushaltsplan erscheinen, aber nur buchmäßig, da sie ja wieder an die einzelnen Vertragsgemeinden abgeliefert werden müssen. Der von den Verbandsgemeinden aufzubringende Umlagebedarf beläuft sich auf 200 780 M. Es schließt sich an den Bericht eine kurze Besprechung.

Verbandsmitglied Haberland bringt einen längeren Antrag ein, der sich gegen die geplante Reichsverkehrssteuer wendet, soweit die Groß-Berliner Verkehrsmittel durch sie belastet werden. Diese Steuer — so führt er aus — beeinträchtigt das Groß-Berliner Siedlungswesen, schränkt die Einnahmen der Gemeinden aus den Zustimmungsverträgen ein, Einnahmen, auf die sie nach dem Kriege besonders angewiesen sein werden. Das Reich habe gar nicht die Fähigkeit, derartige Steuern gerecht aufzuerlegen; das könnten nur die Gemeinden, weil diese Steuer örtlich den Einzelunternehmungen angepaßt werden müßte. Nach einigen zustimmenden Bemerkungen des Verbandsdirektors Dr. Steiniger schlägt Bürgermeister Dr. Reide die Annahme des Haberlandschen Antrages vor. Er weist darauf hin, daß der Verkehr in der Großstadt eine unbedingte Notwendigkeit sei und wünscht folgende Fassung des Antrages:

„Die Versammlung spricht unter Zustimmung zu der Denkschrift des Verbandsdirektors ihre Ansicht dahin aus, daß die Groß-Berliner Verkehrsmittel wie Hoch- und Untergrundbahnen als auch die Ring- und Vorortbahnen, sowie Omnibusse von jeder Verkehrssteuer freigelassen werden.“

Nach einstimmiger Annahme dieses Antrages sind die Haushalts- und Rechnungsangelegenheiten erledigt. Man wendet sich der Vorlage über die „Bauliche Erschließung fiskalischer Ländereien“ zu, die der Versammlung zur Kenntnisnahme unterbreitet wird. Stadtverordneter Heymann bringt dazu folgenden, von zahlreichen Mitgliedern unterzeichneten Antrag ein:

Die Verbandsgeneralversammlung ersucht den Verbandsausschuß, die Verhandlungen mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen und ihr binnen sechs Monaten erneut Bericht zu erstatten.

Der Antragsteller unterzieht die Aufschließungspraxis des Fiskus einer scharfen, aber leider nur zu gerechten Beurteilung. In Dahlem hat der Fiskus die öffentlichen Gebäude aufs Hinterland gesetzt, weil dieses billiger ist. Nur 5 v. H. des Geländes sind Grünflächen. Nicht ein Streifen Landes ist für Spielplätze vorbehalten. Hätte die ärmste Vorortgemeinde dem Verbandsausschuß einen solchen Bebauungsplan vorgelegt, er wäre glatt abgelehnt worden. Der Dahlemer Bebauungsplan ist platonisch im höchsten Grade nur auf die reichen Leute zugeschnitten. In Dahlem sei der Quadratmeter für 35 Mark verkauft worden. Dem Landwirtschaftsministerium komme es nur darauf an, möglichst viel Geld aus dem fiskalischen Besitz herauszuschlagen. Kolonien für die minderbemittelte Bevölkerung sind nur vom Fiskus auf dem Papier vorgesehen, und zwar an Orten, wo sich die Fische Gute Nacht sagen. Nach dem Kriege ist in Berlin eine Wohnungsnot, namentlich für kleine Leute, zu befürchten. Will das Staatsministerium dem mit verschränkten Armen zusehen? Der Redner weist zahlenmäßig den anwachsenden Bedarf nach Kleinwohnungen nach. Der Verbandsdirektor möge darauf hinwirken, da hienoch Dahlem-Süd für die Kleinhausneubauungen freigegeben werde. Besser wäre es ja, wenn der Fiskus im großen Stil Siedlungspolitik triebe im Wege des Erbbaurechts, nicht bloß vor diesem theoretische Verbeugungen mache. Der Oberpräsident weist die Vorwürfe, als sei die Staatsregierung an den ungeordneten Wohnungszuständen schuld, entschieden zurück. Sie habe schon 1880 durch Bauordnungen für das Groß-Berliner Gebiet eingegriffen. Es waren das die ersten Schritte auf einem bisher nicht betretenen neuen Gebiet, sicherlich nichts Vollkommenes. Dazu kam noch der Widerstand von Grundstücksbesitzern, Gemeinden und dem Abgeordnetenhaus. Niemals habe sich die Regierung in der Wohnungsfrage von fiskalischen Interessen leiten lassen. Die hier gegebenen Anregungen sind sehr wünschenswert und werden binnen kürzester Zeit ihren praktischen Ausdruck finden. Dem voraussichtlichen Mangel an Kleinwohnungen steht die Regierung durchaus nicht ratenlos gegenüber. Die Staatsregierung ist bereits eifrig bei der Arbeit, neue Bauordnungen, die eine flachere Bauweise verlangen, die Herstellung von Einfamilienhäusern begünstigen, stehen in Aussicht, mit denen sich die Verbandsgemeinschaften bald zu beschäftigen haben wird. Die neuliche Mitteilung über die Pläne der Regierung hinsichtlich des Kleinsiedlungswesens stammt aus dem Finanzministerium. Mehrere hundert Hektar fiskalischer Geländes sollen den Siedlungsgesellschaften äußerst billig zur Verfügung gestellt werden. Aber die Regierung erwartet, daß bei der Groß-Berliner Wohnungsfrage auch die Gemeinden mithelfen. Der Fiskus allein kann sie nicht lösen.

Nach den beifällig aufgenommenen Erklärungen des Oberpräsidenten weist Justizrat Sonnensfeld darauf hin, daß die Verhandlungen über diese Pläne bereits am 27. März v. J. im Verbandsrat stattgefunden haben. Eine eingehende Eingabe sei bei den zuständigen Ministerien eingereicht worden, um nach vollen sechs Monaten die dürftige Antwort zu erhalten, die Erwägungen seien noch nicht abgeschlossen. Die gute Absicht der Staatsregierung ist ja nach

den erfreulichen Erklärungen des Oberpräsidenten nicht zu verkennen. Wie aber steht es mit den Ressortministern? Die Gebehrigkeit des Finanzministers sei ja sehr erfreulich. Leider scheine aber der Landwirtschaftsminister ob ebienatrdgovumihny aber der Landwirtschaftsminister möglichst viel aus dem um Groß-Berlin herumliegenden Gelände herauszuschlagen zu wollen. Der hohe Preis für die Dahlemer Parzellen sei durch nichts zu begründen, ihr innerer Wert sei doch nicht während des Krieges gestiegen. Man dürfe nicht nur Millionärskolonien schaffen, sondern auch Siedlungen für den Mittelstand und die Arbeiter. In Dahlem zahlten jetzt schon 10 v. H. über 10 500 Mark Einkommen, in Berlin nur 1 v. H. Würde diese Art Siedlungspolitik weiter betrieben, so dränge man die unzufriedenen Elemente des Proletariats geradezu in die Großstadt.

Der Oberpräsident betont, daß in der Staatsregierung völlige Einmütigkeit in der Siedlungsfrage herrsche. Die Sorge sei ganz unbegründet, als ob der Landwirtschaftsminister gegen die Gebehrigkeit des Finanzministers Widerstand leiste. Die Regierung will die Preise für das Gelände so niedrig wie möglich bemessen, aber selbstverständlich muß die Ansetzung der Preise auch zu vertreten sein. Fern liegt ihr, besondere Ansiedlungen für Millionäre zu schaffen; es gilt, die Wohnungen für alle Stände zu verbessern.

Syndikus Marelli beantwortet den Antrag Heymann im Interesse der östlichen Vororte und meint, es gehe nicht an, daß jede Gemeinde sagt, „ich habe keine Wohnungen sehr gern, wenn sie die Nachbargemeinde baut“. Kommerzienrat Haberland wirt sich zum Verteidiger der Mietskasernen auf, glaubt auch nicht recht an eine kommende Wohnungsnot und hofft, daß man den Privatbesitz jedenfalls nicht ohne Entschädigung durch Bauordnungen rechtlos machen werde. Nachdem Stadtverordneter Hirsch das größere Entgegenkommen der Staatsregierung gegen Groß-Berlin anerkannt und diese aufgefordert hat, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen, wird der Antrag Heymann mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Schluß beschäftigt man sich mit der Besetzung der Stelle eines juristischen Oberbeamten. Diese wird öffentlich ausgeschrieben werden. Ein Ausschuß von zwanzig Mitgliedern wird mit den Vorbereitungen zur Wahl betraut.